



Weltweite Hungerlöhne und fehlende Rechte

Die Globalisierung führt weltweit zur Angleichung von Arbeitsbedingungen.

Ich schlage die Tageszeitung und auf und lese den Bericht von Erika F., die während der Spiele von Werder Bremen Flaschen sammeln geht, weil sie von dem Geld ihres Teilzeitjobs nicht leben kann. Trotz vielfacher Versuche konnte sie keinen Vollzeitarbeitsplatz erhalten. Wenn jetzt die Agentur Erfolge bei der Arbeitsplatzvermittlung für Langzeitarbeitslose meldet, so ist dies vor allem auf massiven Anstieg von prekären Arbeitsverhältnissen zurückzuführen. Circa 40 Prozent der neugeschaffenen Arbeitsplätze sind Mini- oder Teilzeitjobs. Mit dem Gehalt kann der Lebensunterhalt nicht mehr gesichert werden. Mittlerweile gibt es in Deutschland mehr als 1,7 Millionen Menschen, die von dem Lohn eines Vollzeitverhältnisses nicht leben können und ergänzende soziale Leistungen beantragen müssen.

Prekäre Beschäftigung in westlichen Industriestaaten

In Deutschland arbeitet jede dritte vollzeitbeschäftigte Frau zu Niedriglöhnen (mit 10 Prozent liegt der Niedriglohnanteil bei Männern hingegen viel niedriger). Alleinerziehende Frauen sind in besonderer Weise darauf angewiesen, sich auf derartige Arbeitsverhältnisse und -bedingungen einzulassen. Löhne unter 5 Euro sind in Deutschland keine Seltenheit mehr. Das bedeutet bei einer 40 Stunden-Woche einen monatlichen Bruttolohn von 840 (21 Arbeitstage) Euro! Der Niedrigstlohn für Friseure lag nach Ermittlungen des Bundesamts für Statistik bei 3,80 Euro, im Hotel- und Gaststättengewerbe bei 5,25 Euro und im Wachdienst bei 4,38 Euro.

Bis vor kurzem war man noch davon ausgegangen, dass überwiegend Kurzzeitbeschäftigte aus osteuropäischen Ländern zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Und es war fast schon eine Selbstverständlichkeit, dass Beschäftigte in den Weltmarktfabriken Asiens, Lateinamerikas und Afrikas im Regelfall unterbezahlt werden. Heute zeigt sich, dass fast alle Industrieländer von dieser Entwicklung betroffen sind.

Armutslöhne gibt es mittlerweile auch in allen Ländern Europas – selbst in der Schweiz, die allgemein als reiches Land ohne Armut eingeschätzt wird.

Im reichsten Lande der Welt, den USA, hat die Armut trotz Arbeit erschreckende Ausmaße angenommen: Im Jahr 2006 lebten in den USA 7,7 Prozent aller Familien, 16,8 Millionen Menschen, in armen Familien. Nicht miteingerechnet sind die Zahlen der illegal Lebenden, die mittlerweile in den USA auf 22 Millionen geschätzt werden und zu allerunwürdigsten Bedingungen schuften.

Parallel zur Durchsetzung der Niedriglöhne weltweit wurden in verstärktem Maße Arbeitsgesetze und -normen ausgehöhlt und missachtet und der Arbeitsschutz verschlechtert - wenn nicht gar ganz unberücksichtigt gelassen. In Bangladesh verbrannten mehrere hundert Frauen in einer Textilfabrik, weil die Türen zugestellt waren und in China erlitten Beschäftigte in Betrieben, die Batterien herstellen, lebensbedrohliche Vergiftungen.

In vielen westlichen Industrieländern wurden viele Errungenschaften abgebaut. In den ehemals kommunistischen Ländern existieren zwar häufig noch gesetzliche Bestimmungen, die aber in der Praxis kaum Anwendung finden.

Erkämpfung der Rechte: Gewerkschaften

In Asien, Afrika und Lateinamerika werden Arbeitsrechte häufig entweder gar nicht oder nur eingeschränkt gewährt, auch dort wo es gesetzliche Vorgaben gibt. Auch hat mit der Globalisierung Druck auf gewerkschaftliche Interessensvertretungen zugenommen. Besonders unruhig hervorgerufen hat sich hier der Wal-Mart-Konzern mit 1,3 Millionen Beschäftigten in den USA und 11,3

Milliarden Gewinn im Jahr 2007. Die nordamerikanische Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" hat im Mai 2007 einen über 200 Seiten-Bericht über die Praktiken von Wal-Mart vorgelegt. Die leitende Wissenschaftlerin äußert sich zur Situation der Betroffenen in den Wal-Mart-Firmen: "Wal-Mart-Beschäftigte haben überhaupt keine Chance, sich zu organisieren, weil sie sich gegen unfaire Arbeitsgesetze und eine gigantische Firma wehren müssen, die alles tut, um Gewerkschaften rauszuhalten." Die Firmenleitung hat eigens ein Handbuch vorgelegt, in der detailliert beschrieben wird, wie die leitenden Angestellten vorgehen müssen.

In Asien und Lateinamerika wird Gewerkschaftern und Beschäftigten das Recht verweigert, sich zu organisieren. Sie werden verfolgt, manchmal sogar getötet. So berichtet die Präsidentin Lay Sophead der kambodschanischen Textilgewerkschaft: Sie hatte gerade die Luen-Thai-Textilfabrik in Pnom Penh verlassen, als sie von Männern auf einem Motorrad gepackt wurde. Sie steckten ihr einen Knebel in den Mund und schlugen sie mit einem Stock auf den Nacken. Bewusstlos wurde sie ins Krankenhaus eingeliefert.

Wirtschaftswachstum = mehr Arbeit?

Die Behauptung - mit mehr Wirtschaftswachstum – so behauptet die neue Bundesregierung - würden auch mehr Arbeitsplätze entstehen – wobei man im allgemeinen davon ausgeht, dass es sich hier auch um Arbeitsplätze handelt, die die Menschen ernähren können, stimmt längst nicht mehr. Nach dem Bericht der Vereinten Nationen zur sozialen Lage 2007 ist zwar die Weltwirtschaft zwischen 1996 und 2006 jährlich um 3,6 Prozent gewachsen, dennoch ist in diesem Zeitraum die Arbeitslosigkeit von 6 auf 6,3 Prozent angestiegen. Obwohl mehr Frauen auf den Erwerbsmarkt drängten, sind sie es, die von Arbeitslosigkeit, geringem Verdienst und schlechten sozialen Bedingungen am stärksten betroffen sind.



Weiterhin heißt es in der Zusammenfassung zu diesem Bericht:

"In der gegenwärtigen Phase der Globalisierung haben sich die Arbeitsmärkte in Richtung größer wirtschaftlicher Unsicherheit und verstärkter Ausprägung der meisten Formen von Ungleichheit entwickelt, was sich nachteilig auf die Möglichkeit der Menschen eine menschenwürdige und befriedigende Arbeit zu finden ausgewirkt hat."

Edith Laudowicz, 2010